



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 14. Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates (AB/014/2016)

am Dienstag, 9. August 2016,

17:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 200, 1. Etage,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Dr. Hussein Hasham Jinah

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Angelika Malberg
 Dr. Helfried Reuther
 Hans-Jürgen Muskulus
 Kerstin Wagner
 Kathrin Bastet
 Tina Siebeneicher
 Dirk Taphorn

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Truong Binh Bui
 Maria Elena Domingo San Juan
 German Levenfus
 Rustam Maks
 Dr. Asad Mamedow
 Dr. Md Shahinur Rahman
 Dr. Juri Tsoglin
 Viktor Vincze
 Halyna Yefremova

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Vincent Drews entschuldigt
 Jens Genschmar entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Yujie Yao entschuldigt

Verwaltung:

Frau Winkler Integrations- und Ausländerbeauftragte
 Frau Schöne GB 5, Sozialamt
 Herr Nietsch GB 5, Sozialamt

Gäste:

Herr Arkush

Herr Dr. Wittmaier

Herr Prof. Novominskiy

Frau Dr. Baum

Frau Yaroslavtseva

KIW-Gesellschaft e. V.

KIW-Gesellschaft e. V.

KIW-Gesellschaft e. V.

KIW-Gesellschaft e. V.

KIW-Gesellschaft e. V.

Schriftführer/-in:

Frau Richter

15.11 SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1** Beschwerden über die Verpflegung in Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylsuchende (z. B. Days Inn)

- 2** Vorstellung des KIW - Gesellschaft für Kultur, Ingenieurwesen und Wissenschaften e. V.

- 3** Informationen/Sonstiges
 - 3.1** Vorbereitung Bildungsfahrt

 - 3.2** Vorbereitung Interkulturelle Tage 2016

 - 3.3** Vorbereitung Tag der Deutschen Einheit

 - 3.4** Präventionsarbeit bzgl. der Radikalisierung bzw. radikalisierten Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Stadt Dresden

öffentlich

Herr Dr. Jinah, Vorsitzender des Integrations- und Ausländerbeirates, eröffnet und leitet die Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgemäße Ladung des Gremiums fest.

Zur Tagesordnung werden keine Änderungsanträge eingebracht.

1 Beschwerden über die Verpflegung in Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylsuchende (z. B. Days Inn)

Herr Dr. Jinah begrüßt zu dem Thema Frau Schöne (Leiterin der Abt. Migration) sowie Herrn Nietsch (Sachgebietsleiter Unterbringung Ausländer/Aussiedler) vom Sozialamt. Einführend stellt er klar, dass er aus seiner eigenen Tätigkeit in dieser Abteilung wisse, dass Beschwerden und Hinweise ernst genommen werden.

Er umreißt kurz die Problematik, die bereits in der letzten Sitzung thematisiert worden sei, als Herr Dr. Mamedow aus seiner Tätigkeit beim Ausländerrat Dresden e. V. über Beschwerden von Bewohnern der Einrichtung Days Inn bezüglich ihrer Essenversorgung berichtet habe. Schlussendlich sei damals entschieden worden, dass der Integrations- und Ausländerbeirat gemeinsam mit dem Sozialamt die Lage überprüfe.

Daraufhin haben Herr Nietsch und er das Heim zeitnah nach der Sitzung besucht und sich während des Ramadans ein Bild von der Essenversorgung vor Ort gemacht. Das Heim sei dann noch ein zweites Mal begangen und neben der Essensverkostung auch das Heim besichtigt worden. Herr Nietsch und Herr Dr. Jinah seien von Herrn Stadtrat Naumann sowie Herrn Al-Masalme (Ausländerrat Dresden e. V.) begleitet worden. Herr Dr. Jinah zitiert die Niederschrift des Besuchs, die von Herrn Al-Masalme gefertigt worden sei. Zur Besichtigung der Wohneinheiten habe er kritisch bemerkt, dass die Privatsphäre der Bewohner nicht beachtet worden sei. Die Heimleiterin habe nach einmaligem Klopfen sofort mit dem Schlüssel die Eingangstür der Wohneinheit geöffnet. Nach der Besichtigung habe man nochmals das Essen verkostet. Zusammenfassend könne man feststellen, dass sowohl die Zimmerausstattung als auch die Essenversorgung als in Ordnung eingeschätzt werden.

Am gestrigen Tag habe Herr Dr. Jinah erneut das Heim besucht, um einer neuen Mitarbeiterin die Einrichtung zu zeigen. Dabei habe die Heimleiterin bestätigt, dass sich Bewohner, die sich in Maßnahmen befinden und an den regulären Essenszeiten nicht teilnehmen könnten, melden müssten, damit die Verpflegung mitgegeben oder später zu sich genommen werden könne. Die Verpflegung umfasse 3 Mahlzeiten. Getränke seien auch außerhalb der Essenszeiten verfügbar. Die Hygiene und Ordnung in den Zimmern würde kontrolliert, was den Bewohnern auch bekannt sei.

Auf die Fragen von **Herrn Vincze** informiert **Herr Nietsch**, dass das Days Inn für bis zu 350 Plätze ausgelegt sei. Aufgrund von Baumaßnahmen seien es ca. 240 Plätze. Die Mehrzahl der Bewohner stamme aus dem arabischen Raum, ein geringer Teil aus Nordafrika, Pakistan, Indien und Afghanistan.

Herr Stadtrat Dr. Reuther stellt aufgrund der Informationen fest, dass keine Probleme bestehen und das Thema damit erledigt sei.

Dem widerspricht **Herr Dr. Mamedow**, zumal die Besuche angekündigt worden seien. Er möchte wissen, wie viele Familien in dem Heim leben und wie lange sie dort untergebracht werden.

Bei der Inbetriebnahme der Unterkunft seien mehrere Familien dort untergebracht worden, so **Herr Nietsch**. Derzeit seien noch ein oder zwei Familien dort wohnhaft, die aber demnächst in Gewährswohnungen umziehen werden. Seit der Eröffnung sei mehr als ein dreiviertel Jahr vergangen. Einige der Bewohner seien von Anfang an dort untergebracht. Flüchtlinge mit Bleiberecht werden anderweitig untergebracht, weil die Vollverpflegung in der Einrichtung sonst zu einer Ungleichbehandlung zwischen Deutschen und Migranten im Hartz IV-Bereich führen würde.

Herr Dr. Mamedow konstatiert, dass entgegen der Aussage in der letzten Sitzung doch Familien in dem Heim leben, die das Essen in der Einrichtung zu sich nehmen müssten. Er sieht das als ungerecht gegenüber denen an, die sich selbst versorgen könnten und plädiert dafür, dass die Heimbewohner wählen könnten.

Herr Nietsch erklärt, es sei nicht möglich, dass sich jeder aussuchen könne, wo und wie er untergebracht werde. Das sei auch höchststrichterlich entschieden. Das Sozialamt bemühe sich, im Rahmen seiner Möglichkeiten weitestgehend den Betroffenen entgegenzukommen, doch die Gewährswohnungen würden überwiegend den Familien mit Kindern zu Verfügung gestellt. In Wohnheimen würden überwiegend männliche Einzelpersonen untergebracht.

Auf die Rückfrage von **Frau Stadträtin Malberg**, das Problem zu verifizieren, schildert **Herr Dr. Mamedow**, dass die Vollversorgung nicht vorübergehend sei, sondern die Bewohner und auch Familien über Monate dort untergebracht seien und sich nicht selbst verköstigen könnten. Er spricht dafür, die Familien nur für wenige Monate in einer Einrichtung mit Vollversorgung unterzubringen. Sie sollten die Hoffnung auf eine andere Unterkunft haben.

Herr Nietsch berichtet, dass insgesamt acht Unterkünfte mit Vollverpflegung betrieben würden. Davon werde gegenwärtig eine aufgelöst, weil der Mietvertrag beendet sei. Er bearbeite unmittelbar die Anträge auf Umverteilung, sodass er auch mit den Antragstellern Gespräche zu den Gründen des Antrages führe. Aus allen Unterkünften gebe es Beschwerden über das Essen. Er habe das Essen in allen Einrichtungen persönlich getestet. Aus den persönlichen Gesprächen mit den Antragstellern könne er konstatieren, dass der eigentliche Hintergrund nicht die Qualität des Essens, welche unterschiedlich sei, sondern die Tatsache sei, dass die leistungsberechtigten Asylbewerber eine Bargeldleistung von 320 EUR bekommen. Wenn man in einer Unterkunft mit Vollverpflegung untergebracht sei, bekomme man 120 EUR weniger. Das führe letztlich zu dem subjektiven Gefühl, dass das eine Ungleichbehandlung wäre, die aber so nicht vorhanden sei. Die Verrechnung mit der Verpflegung entspreche den gesetzlichen Vorgaben. Die Verpflegung in den Unterkünften sei unterschiedlich, weil unterschiedliche Caterer lieferten. Die Caterer müss-

ten gewisse Ansprüche erfüllen. Caterer, die dem nicht gewachsen gewesen seien, seien bereits gewechselt worden.

Frau Stadträtin Siebeneicher bittet darum, dass künftig die Beiratsmitglieder über Termine, wie den der Besichtigung, informiert werden, um ebenfalls teilnehmen zu können. Weiter fragt sie, wie Herr Nietsch von den Beschwerden aus den Heimen erfahre und ob die Heimleitungen in solchen Fällen einen Ansprechpartner im Sozialamt haben.

Für die Verpflegung sei zwar eine andere Abteilung zuständig, gleichwohl nehme sein Bereich die Beschwerden entgegen, teilt **Herr Nietsch** mit. Die Beschwerden kommen überwiegend in Form von Anträgen auf Umverteilung in seinem Sachgebiet an. Im direkten Gespräch mit den Betroffenen würden die Probleme dann besprochen.

Da die Beschwerden mit dem Catering auch den Ramadan betroffen haben, habe er sich kurzfristig ein Bild machen wollen und kurzfristig das Heim unangekündigt besucht.

Auch **Herr Dr. Jinah** bestätigt die Auffassung, dass man solchen Beschwerden unverzüglich nachgehen müsse. Ein zweiter Termin habe in einem anderen Heim stattgefunden, das ein Caterer mit türkischem Hintergrund beliefere. Er habe die Herren Dr. Mamedow (Leiter der Beratungsstelle des Ausländerrates Dresden e. V.) und Vincze (Vorstand des Vereins sowie beim Sächsischen Ausländerbeauftragten tätig und wie Herr Dr. Mamedow Beiratsmitglied) angefragt, an dem Termin teilzunehmen. Leider sei ihnen das nicht möglich gewesen. Des Weiteren sei angedacht gewesen, dass auch Herr Mahmoud vom Ausländerrat Dresden e. V., der während des Ramadans auch faste, teilnehme. An dessen Stelle habe dann Herr Al-Maslame vom Ausländerrat Dresden e. V. teilgenommen. Ferner habe Herr Naumann als Sozialbetreuer/Regionalbetreuer für das Gebiet sowie als Stadtrat daran teilgenommen.

Herr Nietsch erklärt, für das Days Inn und das Hotel Tryp seien die Verträge im vergangenen Jahr aufgrund der hohen Zahl von Flüchtlingen langfristig geschlossen worden und die Plätze müssten belegt werden. Er äußert die Bereitschaft, die Mitglieder auch gern zur Verkostung in das Days Inn einzuladen, um sich selbst ein Bild von der Qualität des Essens zu machen. Der Betreiber könne keinen Einfluss auf das Essen nehmen, weil das bereits zwei Wochen zuvor festgelegt werde.

Auf die Frage von **Herrn Dr. Rahman**, ob das Essen halal sei, erklärt **Herr Nietsch**, dass es auf die Bewohner angelegt sei. Es gebe also kein Schweinefleisch.

Herr Dr. Jinah berichtet, dass das Thema „halal“ auch in dem Heim aufgekommen sei, welches von dem türkischen Caterer beliefert werde. Zwar gebe es kein Schweinefleisch, aber auch dort konnte nicht zugesichert werden, dass die Fleischspeisen halal seien.

Auf nochmalige Nachfragen von **Frau Stadträtin Siebeneicher** klärt **Herr Nietsch** auf, vertraglich sei vereinbart, dass Ansprechpartner für den Caterer der Betreiber sei. Unabhängig davon versuche die Verwaltung auf den Betreiber einzuwirken, aufgrund von Beschwerden möglicherweise den Caterer zu wechseln.

Für Familien sei es nicht möglich, sie in ein kleineres Übergangwohnheim unterzubringen. Für Familien sei eine Unterbringung im Wohnheim nicht vorgesehen. Im vergangenen Jahr haben nicht mehr ausreichend Gewährswohnungen zur Verfügung gestanden. Deswegen mussten erst einmal alle Personen untergebracht werden. Nachdem nun wieder mehr Wohnungen zur Verfügung stehen, sei man dazu übergegangen, die Familien dort unterzubringen. Dass Familien länger in Wohnheimen blieben, hänge mit ihrer dortigen Sozialisierung zusammen. Die Kinder gehen dort zur Schule, weshalb die Familien den Wunsch haben, in der Gegend zu bleiben. Dafür seien bestehende Männerwohngemeinschaften aufgelöst und im Wohnheim untergebracht worden, um die Familien in den Wohnungen unterzubringen.

Herr Vincze bemerkt, dass am 6. August 2016 das neue Asylrecht in Kraft getreten sei. Das bedeute, dass verschiedene Kompetenzen an die Länder übertragen worden seien. Zum Umgang gebe es noch keine sächsischen Regelungen. Er hofft, dass für die betroffenen Familien Lösungen gefunden werden.

Herr Dr. Mamedow wünscht sich mehr Verständnis für die Betroffenen. Für ihn stelle das eine Ungleichbehandlung dar.

Herr Nietsch stellt klar, dass es nicht ihm obliege, die Dauer des Asylverfahrens zu beeinflussen. Der Grund, warum man so lange in den Gemeinschaftsunterkünften verbleiben müsse, was regelmäßig vorkomme, liege an der Dauer des Asylverfahrens, welche das Sozialamt nicht beeinflussen könne. Gesetzlich geregelt sei, dass für die Dauer des Asylverfahrens die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft erfolge. Erst wenn eine Aufenthaltserlaubnis erteilt worden sei, könne der Lebensmittelpunkt durch Anmieten einer eigenen Wohnung begründet werden. Wenn es humanitäre Gründe gebe (laut Rechtsprechung „schwere Erkrankungen“), sollte die Anmietung einer privaten Wohnung trotzdem möglich sein. Die Gewährswohnungen würden bevorzugt an solche Personen vergeben. Die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft mit Vollverpflegung stelle keine Ungleichbehandlung dar. Auch sei man nicht in der Lage, die betreffenden Personen anderweitig in Wohnheimen unterzubringen.

Im Vergleich zum Vorjahr sei die Zahl der Flüchtlinge zwar zurückgegangen, aber es seien deutlich mehr Flüchtlinge aufgenommen worden, als im Jahr 2014 insgesamt gekommen seien. Man erwarte weiterhin Flüchtlinge, die von der Landesdirektion zugewiesen werden. Die Personen die schon da seien, mittlerweile über 6.000 untergebrachte Personen, müssen angemessen und geeignet untergebracht werden.

Frau Stadträtin Siebeneicher fragt erneut, wie in den Betreiberverträgen das Beschwerdemanagement geregelt sei.

Beschwerden könnten jederzeit beim Sozialamt eingereicht werden, erklärt **Herr Nietsch**, was auch in der Praxis erfolge. Die Sozialbetreuer vor Ort, beim Days Inn die Johanniter, zeigen das beim Sozialamt an. Wenn Essen nicht vertragen werde, werden die Betroffenen gebeten, ein ärztliches Attest vorzulegen. In 50 % der Fälle könnten die Ärzte das nicht bestätigen. Wenn es dennoch möglich sei und nichts dagegen spreche, würde im Rahmen der Möglichkeiten nach einer Lösung gesucht.

Weiterer Redebedarf besteht nicht, sodass **Herr Dr. Jinah** den Tagesordnungspunkt schließt.

2 Vorstellung des KIW - Gesellschaft für Kultur, Ingenieurwesen und Wissenschaften e. V.

Die Mitglieder stimmen einvernehmlich zu, dass eine Vertreterin des Vereins während des Vortrages von Herrn Dr. Tsoglin fotografiert.

Herr Dr. Tsoglin, Vorsitzender des Vereins, stellt den Verein anhand einer Präsentation ausführlich vor (Anlage zur Niederschrift). Er bemerkt, dass der Verein neben Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion auch deutsche Mitglieder habe. Er umreißt die vielfältigen Tätigkeiten des Vereins zur Integration der Mitglieder in die deutsche Kultur/Gesellschaft.

Herr Stadtrat Dr. Reuther findet die Arbeit des Vereins sehr gut. Das sei ein Beispiel, wie er sich Integration vorstelle, nämlich dass sie auch von den Migranten komme, insbesondere das Bemühen sich zu integrieren, sich einzubringen und sich mit der deutschen Kultur zu befassen, zu verstehen und zu studieren. Das sehe man bei vielen anderen Migrantengruppen überhaupt nicht. Er fragt, ob der KIW auch mit dem Deutsch-Russischen Kulturinstitut e. V. (DRKI) kooperiere.

Eine Zusammenarbeit zu dem DRKI bestehe leider nicht, so **Herr Dr. Tsoglin**. Im Jahr 1998 habe Herr Dr. Tsoglin der Verantwortlichen des DRKI den Vorschlag einer Zusammenarbeit unterbreitet. Leider sei er nicht aufgenommen worden, weshalb der KIW nach anderen Möglichkeiten gesucht habe. Die Ziele der Vereine seien auch unterschiedlich, der KIW befasse sich mit der deutschen Kultur, während der DRKI sich mit den Traditionen der Herkunft der Migranten (u. a. russischsprachige Schriftsteller, Schauspieler, Konzerte) beschäftige.

Auf die Frage von **Herrn Levenfus** nach staatlicher Unterstützung der Aktivitäten des Vereins betont **Herr Dr. Tsoglin**, dass der Verein primär ehrenamtlich arbeite (konkret im Bereich Wissenschaft und Ingenieurwesen). Für Projekte im Bereich der Soziokultur erhalte er Fördermittel aus verschiedenen Programmen. Der Verein versuche, die Bereiche Kultur und Wissenschaft zu verbinden, weil Wissenschaft ein Teil von Kultur sei.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, schließt **Herr Dr. Jinah** den Tagesordnungspunkt.

3 Informationen/Sonstiges

3.1 Vorbereitung Bildungsfahrt

Herr Dr. Jinah erinnert, dass die Bildungsfahrt am 26./27.08.2016 stattfinde. Man treffe sich 13 Uhr im Büro des Herbert-Wehner-Bildungswerkes. Nach einer kurzen Information werde man von dort nach Leipzig fahren. Im Reisepreis enthalten seien die Fahrtkosten (Hin- und Rückfahrt sowie Fahrten vor Ort), die Übernachtung sowie die Verpflegung an beiden Tagen. Man werde dort u. a. ein Mitglied des Ausländerbeirates Leipzig treffen. Das detaillierte Programm habe er den Mitgliedern bereits zukommen lassen.

In dem Zusammenhang erinnert Herr Dr. Jinah daran, dass die Teilnehmer für die Fahrt zwingend Dienstreiseanträge stellen.

Herr Dr. Tsoglin teilt mit, dass er an der Reise aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen könne.

Herr Dr. Jinah fragt, ob ein anderes Mitglied stattdessen mitfahren wolle. Interessenten könnten sich noch bis Ende dieser Woche bei ihm melden. Falls kein Nachrücker gefunden werde, werde er mit dem Veranstalter Rücksprache nehmen.

3.2 Vorbereitung Interkulturelle Tage 2016

Herr Dr. Jinah teilt mit, dass das Straßenfest am Jorge-Gomondai-Platz am 24.09.2016 stattfinden. Wie jedes Jahr werde der Integrations- und Ausländerbeirat dort einen Stand haben. Wie von Frau Stadträtin Siebeneicher angeregt, sollen dieses Mal auch Stadträte involviert werden.

Frau Winkler berichtet, dass in diesem Jahr über 150 Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Tage stattfinden werden, was einer Verdopplung im Vergleich zum letzten Jahr entspreche. Auch die Veranstalter haben sich mit knapp 100 verdoppelt. In spätestens zwei Wochen werde das Programm erscheinen (auch online) und die Öffentlichkeitsarbeit anlaufen. Herr Oberbürgermeister Hilbert werde die Interkulturellen Tage am 18.09.2016 um 11 Uhr eröffnen.

Am Nachmittag werde Herr Prof. Gillo mit dem Verein Bird in der Kreuzkirche dann um 15 Uhr sein Interreligiöses Festival starten, dessen Schirmherr Herr Oberbürgermeister Hilbert sei.

Frau Winkler lädt die Mitglieder zu beiden Veranstaltungen ein. Interessenten, die am Interreligiösen Festival teilnehmen möchten, könnten sich wegen Eintrittskarten bei ihr melden.

3.3 Vorbereitung Tag der Deutschen Einheit

Herr Dr. Jinah berichtet, dass hierzu Vorabsprachen zwischen Herrn Vincze, Frau Domingo und ihm selbst getroffen seien.

Herr Vincze berichtet, dass die Feier anlässlich des Tages der Deutschen Einheit in diesem Jahr in Dresden stattfinden. An zwei Stellen könnte man sich präsentieren, in der sogenannten Länderstraße oder am Stand der Landeshauptstadt Dresden. Es werde drei Tage gefeiert, sodass es wichtig sei, diese Zeit abzudecken.

Herr Dr. Jinah sieht das Thema für die Bildungsfahrt vor, um dort final Absprachen zu treffen.

3.4 Präventionsarbeit bzgl. der Radikalisierung bzw. radikalisierten Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Stadt Dresden

Herr Dr. Jinah führt aus, dass aufgrund der aktuellen Ereignisse an verschiedenen Orten der Welt das Wort zu dem Thema ergreife. Er spricht dafür, daraus für Dresden Schlussfolgerungen zur Präventionsarbeit zu ziehen.

Er verliest dazu sein Statement (Anlage zur Niederschrift) für die Präventionsarbeit auf dem Gebiet.

Auf die Anregung von **Herrn Dr. Tsoglin** im Rahmen der Interkulturellen Tage eine Veranstaltung für alle Konfessionen anzubieten (Vorstellung aller Konfessionen etc.), teilt **Frau Winkler** mit, dass der interreligiöse Austausch einer von drei Schwerpunkten der diesjährigen Interkulturellen Tage sei. Viele Veranstaltungen beschäftigen sich mit diesem Thema. Dazu gehöre auch das bereits erwähnte Interreligiöse Kulturfestival. Weiter würden die Moscheegemeinden viele Veranstaltungen zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten anbieten.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** schließt die Beiratssitzung.

Dr. Hussein Hasham Jinah
Vorsitzender

Manuela Richter
Schriftführerin

Tina Siebeneicher
Stadträtin

Victor Vincze
Mitglied